

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

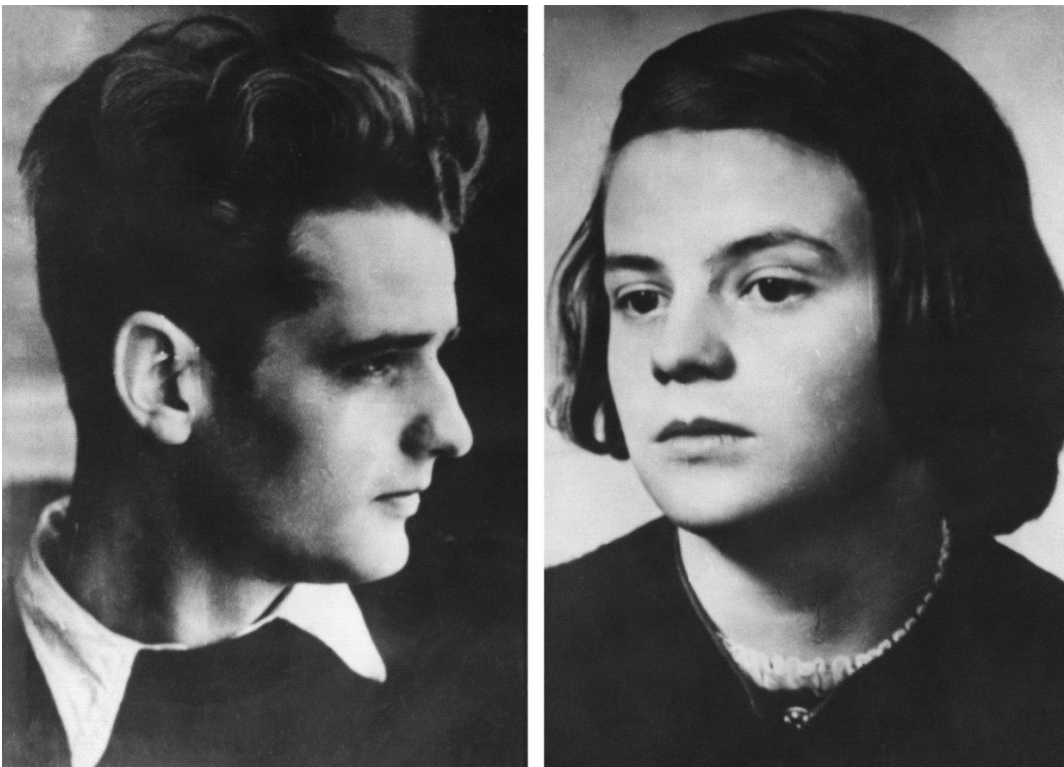
- Widerstandsgruppe Weiße Rose
- Passiver Widerstand

Widerstandsgruppe Weiße Rose

Inhaltsverzeichnis

1. Vor 80 Jahren: Ermordung von Hans und Sophie Scholl

1. Vor 80 Jahren: Ermordung von Hans und Sophie Scholl



Am 22. Februar 1943 wurden die Geschwister Hans und Sophie Scholl in München von Nationalsozialisten hingerichtet. Die beiden Mitglieder der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" hatten Flugblätter gegen den Nationalsozialismus verteilt.

Am 18. Februar 1943 wurden die Studenten Hans und Sophie Scholl in der Münchner Universität festgenommen, weil sie ein Flugblatt der studentischen Widerstandsgruppe "Weiße Rose" vor den Hörsälen im Hauptgebäude ausgelegt hatten. Dabei wurden sie von einem Hausmeister beobachtet, der sie bei der geheimen Staatspolizei des NS-Regimes, der Gestapo denunzierte. Der

24-jährige Hans Scholl und seine drei Jahre jüngere Schwester Sophie gehörten zu den Gegnerinnen und Gegnern des Nationalsozialismus. "In einem Staat rücksichtsloser Knebelung jeder freien Meinungsäußerung sind wir aufgewachsen", hieß es im beschlagnahmten Flugblatt. "Es gibt für uns nur eine Parole: Kampf der Partei!"

Der Verhaftung ging eine intensive Fahndung der Gestapo nach der Widerstandsgruppe voraus. Bereits im Sommer 1942 tauchten in München Flugblätter auf, die den Namen "Weiße Rose" trugen. Darin wurde unter anderem gefordert: "Leistet passiven Widerstand – wo immer Ihr auch seid!" Im Januar 1943 folgte ein Flugblatt, das mit "Widerstandsbewegung in Deutschland" überschrieben war und in mehreren Städten Süddeutschlands sowie in Österreich auftauchte. Das in der Universität München verteilte Flugblatt trug den Titel "Kommilitoninnen! Kommilitonen!". Die Gestapo vermutete die Autoren dieser Flugblätter daher in Münchner Studierendenkreisen.

Abkehr vom Nationalsozialismus

Die beiden Geschwister Hans und Sophie Scholl gehörten nicht von Anfang an zu den Gegnern des NS-Regimes. Hans Scholl war während seiner Gymnasialzeit in Ulm ein Anhänger der NSDAP. Im März 1933 trat er in die Hitler-Jugend (HJ) ein und wurde gegen den Willen seiner liberal-protestantischen Eltern "Fähnlein-Führer". 1935 nahm er am "Reichsparteitag" in Nürnberg teil. Auch seine Schwester Sophie glaubte in ihrer Schulzeit an den Nationalsozialismus, trat 1934 dem "Bund Deutscher Mädel" (BDM) bei und stieg zur Gruppenleiterin auf.

Zu einer ersten Distanzierung der Geschwister vom NS-Regime kam es, als Hans Scholl Ende 1937 von der Gestapo für zwei Wochen inhaftiert wurde, da er in Ulm eine Gruppe gegründet hatte, die sich an der verbotenen "Bündischen Jugend" orientierte und die bedingungslose Unterordnung in der HJ ablehnte. Auch Sophie Scholl wurde wegen der bündischen Aktivitäten ihres Bruders von der Gestapo vernommen. Die beiden wendeten sich in der Folge immer weiter vom Nationalsozialismus ab. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen schrieb Sophie Scholl ihrem Freund, dem Berufsoffizier Fritz Hartnagel: "Sag nicht, es ist fürs Vaterland!".

Zusammenschluss zur "Weißen Rose"

Hans Scholl studierte ab dem Sommersemester 1939 in München Medizin. Im Mai 1940 wurde er als Sanitäter an der Front in Frankreich eingesetzt. Nach seiner Rückkehr konnte er sein Studium fortsetzen und lernte im Juni 1941 den ebenfalls regimekritischen Alexander Schmorell kennen. Die zwei Medizinstudenten versammelten im Frühjahr 1942 eine Gruppe gleichgesinnter Studierender um sich. Zu diesem nicht organisierten Freundeskreis christlich-humanistisch geprägter Studierender aus konservativem Elternhaus gehörten später auch Intellektuelle und Künstler.

Zwischen dem 27. Juni und dem 12. Juli 1942 verfassten Hans Scholl und Alexander Schmorell zusammen die ersten Flugblätter der "Weißen Rose" mit jeweils einer Auflage von rund 100 Exemplaren. Sie appellierten darin an die politische Verantwortung der "deutschen Intelligenz", den deutschen Angriffskrieg zu stoppen. Auch den Massenmord an Juden in Polen prangerten sie an und riefen zur Sabotage auf, um das NS-Regime zu stürzen: "Jedes Wort, das aus Hitlers Mund kommt, ist Lüge".

Aktionen der Widerstandsgruppe

Ende Juli 1942 wurden die Widerstandstätigkeiten von Hans Scholl und Alexander Schmorell unterbrochen, da sie als Sanitäter an der Ostfront eingesetzt wurden. Ihre Erfahrungen dort, unter anderem als sie Zeugen davon wurden, wie mit der jüdischen Bevölkerung im [Interner Link: Warschauer Ghetto](#) umgegangen wurde, bestärkte sie in ihrer Haltung. Nach ihrer Rückkehr an die Münchner Universität im November 1942 setzten sie ihre Aktionen fort.

In diesem Herbst stieß auch Sophie Scholl zur Gruppe. Sie studierte seit Mai 1942 in München Biologie und Philosophie. Sie kannte die Freunde ihres Bruders bereits und wurde ab dann in ihre Aktivitäten eingeweiht. Ende des Jahres schloss sich auch der nationalkonservative Philosophie-Professor Kurt Huber der "Weißen Rose" an. Er hatte sich zuvor auf einem privaten Leseabend mit dem Kern der Gruppe getroffen und forderte dort in der Diskussion über Grundfragen einer politischen Neuordnung: "Man muss etwas tun und zwar heute noch!" Als Kern der Gruppe galten im Januar 1943 Hans und Sophie Scholl, die Medizinstudenten Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf sowie Professor Kurt Huber.

Im Januar 1943 unterstützte Huber Hans Scholl beim Texten des fünften Flugblattes der Gruppe. Es trug den Titel "Aufruf an alle Deutsche!". Zum ersten Mal benannte die Gruppe darin ihre politischen Ziele, wie eine "gesunde föderalistische Staatenordnung" und "einen vernünftigen Sozialismus" für die Arbeiterschaft sowie "Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten". Sie produzierten davon rund 6.000 Abzüge. An Herstellung und Verbreitung war auch Sophie Scholl beteiligt.

Nach der Kapitulation der Sechsten Armee der Wehrmacht in Stalingrad schrieb Hans Scholl zusammen mit anderen Mitgliedern der "Weißen Rose" Anfang Februar 1943 nachts Parolen an Hausfassaden in München. Diese lauteten zum Beispiel "Freiheit", "Nieder mit Hitler" und "Massenmörder Hitler". Kurt Huber verfasste in dieser Zeit das sechste und letzte Flugblatt der Gruppe. Es richtete sich ausdrücklich an die Münchner Studierenden und gegen Hitler. "Der Tag der Abrechnung ist gekommen", hieß es darin.

Todesurteil und Ermordung

Nach ihrer Verhaftung am 18. Februar 1943 in der Universität wurden Sophie und Hans Scholl einzeln verhört. Zunächst stritten sie alle Vorwürfe ab. Sophie Scholl legte erst ein Geständnis ab, als sie am nächsten Morgen um vier Uhr früh erfuhr, dass ihr Bruder gestanden habe. Die Gestapo hatte inzwischen die Schreibmaschine entdeckt, auf der die Matrizen für die Flugblätter getippt worden waren.

Weil Hans Scholl bei der Verhaftung einen Flugblatt-Entwurf bei sich gehabt hatte, kam die Gestapo auch Christoph Probst auf die Spur, ein Student, der während seines Medizinstudiums Hans und Sophie Scholl kennengelernt hatte und sich im Januar 1943 der „Weißen Rose“ angeschlossen hatte. Er hatte den Text auf Bitten von Hans Scholl verfasst und wurde ebenfalls verhaftet. Die Gestapo bot Sophie Scholl im Verhör an, sie könne der Todesstrafe entgehen, wenn sie sich von ihrem Bruder distanzieren. Doch sie lehnte ab: "Ich bin nach wie vor der Meinung, das Beste getan zu haben, was ich gerade jetzt für mein Volk tun konnte."

Bereits am 22. Februar 1943 wurde Hans Scholl, Sophie Scholl und Christoph Probst der Prozess vor dem Volksgerichtshof gemacht. Richter Roland Freisler verurteilte die drei Angeklagten wegen "landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung" zum Tode. Noch am selben Tag wurden Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst im Gefängnis München-Stadelheim mit dem Fallbeil hingerichtet.

Im April 1943 fand der zweite Prozess gegen 14 weitere Mitglieder der "Weißen Rose" statt. Der Volksgerichtshof verurteilte unter anderem Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber zum Tode. Andere Beschuldigte erhielten langjährige Freiheitsstrafen. Im Herbst 1943 entdeckte die Gestapo einen Ableger der "Weißen Rose" in Hamburg. Mehr als 20 Menschen wurden verhaftet. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden zehn weitere Regimegegner aus dem Umfeld der Widerstandsgruppe von den Nationalsozialisten ermordet.

Erinnerung und Gedenken

Während des Nationalsozialismus wurden die Mitglieder der "Weißen Rose" in deutschen Zeitungen als "Verräter" diffamiert. Die ausländische Presse hingegen würdigte sie. Nach Kriegsende fand die erste Gedenkfeier für die "Weiße Rose" am 4. November 1945 im Münchner Schauspielhaus statt. Die deutschen Medien erinnerten in der Nachkriegszeit immer wieder an deren Wirken. Dennoch fokussierte die bundesdeutsche Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit auf den militärischen Widerstand um Claus Graf Stauffenberg und das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944. In der DDR wurde die "Weiße Rose" politisch als rein antifaschistisch dargestellt, ihre humanistischen und religiösen Motive wurden unterschlagen.

In der Folge der studentischen Proteste von 1968 wurde die "Weiße Rose" in der Bundesrepublik in einer christlich-bürgerlichen Tradition verortet. Die zunehmende Forschung in den 1980er-Jahren brachte eine Wende in der Betrachtung. Die Beweggründe der Gruppenmitglieder rückten in ihrer Gesamtheit in den Fokus. Es zeichnete sich jedoch auch eine Glorifizierung ab, die sich auf die Geschwister Scholl konzentriert und besonders Sophie Scholl hervorhebt.

Aus Anlass des 100. Geburtstages von Sophie Scholl forderte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, 2021 eine differenzierte Betrachtung der Widerstandskämpfer der NS-Zeit. Es sei nicht klug, sie als perfekte Menschen darzustellen: "Wenn sie auf einen Sockel gestellt werden, taugen sie nicht mehr als Vorbild. Denn dann sind sie unerreichbar."

Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik wurden die Mitglieder der "Weißen Rose" zu Namensgebern von Straßen, Plätzen und Schulen. Auch verschiedene Gedenkstätten entstanden. Dazu gehören unter anderem der Erinnerungsort am Lichthof der Universität München, die Gedenkstätte in Sophie Scholls Geburtsort Forchtenberg, das Mahnmal in einer Hamburger Fußgängerzone und die Dauerausstellung in der Ulmer Volkshochschule.

Auch in der Berliner "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" wird die "Weiße Rose" gewürdigt. Sie wird dabei als ziviler Widerstandskreis außerhalb der [Interner Link: zivil-militärischen Verschwörung vom 20. Juli 1944](#) verortet. Im Bereich der Jugendopposition wiederum unterschied sich ihr Widerstand von anderen eher unpolitischen Jugendgruppen wie den [Interner Link:](#)

"Edelweißpiraten" und der "Swingjugend"

Im Zeitverlauf wurde der Widerstand der "Weißen Rose" immer wieder unterschiedlich und teils auch umstritten auf die Gegenwart bezogen. Zum Beispiel präsentierten sich AfD-Funktionäre 2018 auf einer Demonstration in Chemnitz mit weißen Rosen am Revers. Darauf reagierten die Abgeordneten von CDU, SPD und Linke im Saarländischen Landtag mit dem Tragen einer weißen Rose in einer Plenarsitzung. Sie wollten damit ein demokratisches Zeichen "gegen den Missbrauch der 'Weißen Rose'" setzen.

Bei einer "Querdenken"-Kundgebung im November 2020 in Hannover sagt eine Rednerin: "Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten hier aktiv im Widerstand bin." Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen mit der NS-Zeit zu vergleichen, wurde von vielen Seiten kritisiert, insbesondere in Hinblick auf eine Relativierung des Holocaust und eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus.

Für eine Kontroverse sorgte zudem das Instagram-Projekt "Ich bin Sophie Scholl" der Rundfunkanstalten SWR und BR. Dabei wurden die letzten zehn Monate von Sophie Scholls Leben von einer Schauspielerin dargestellt. Die Reaktionen darauf waren gespalten: Das Projekt wurde einerseits mit Preisen ausgezeichnet und hatte über 700.000 Follower. Andererseits wurde die Realisierung der Idee auch kritisiert. So gab die Bildungsstätte Anne Frank zu bedenken: "Durch einen starken Fokus auf weißen, christlichen, deutschen Widerstand, rücken die eigentlichen Opfer nationalsozialistischer Vernichtungs- und Eroberungspolitik zwangsläufig in den Hintergrund".

Die "Weiße Rose" und die Geschwister Scholl gelten vielen bis heute als Vorbilder und starke Symbole. Die Gefahr der Instrumentalisierung der studentischen Widerstandsgruppe besteht weiterhin.

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Vor 80 Jahren: Ermordung von Hans und Sophie Scholl, in: bpb online, online verfügbar seit 21.02.2023 unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/518394/vor-80-jahren-ermordung-von-hans-und-sophie-scholl/>, zuletzt geprüft am 22.10.2025.

->

->

Sekundärliteratur

->

->

->

Passiver Widerstand

Inhaltsverzeichnis

1. Verweigerung im Alltag und Widerstand im Krieg

1. Verweigerung im Alltag und Widerstand im Krieg

Seit 1934 erlaubte das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat und zum Schutz der Parteiuniformen" der NS-Justiz jegliche Systemkritik mit harten Strafen zu ahnden. Dennoch regte sich sowohl ziviler als auch militärischer Widerstand, wovon alleine 35000 Verurteilungen wegen Fahnenflucht während des Krieges zeugen.



Bundesarchiv, Bild 183-B0708-0014-004
Foto: Brüggmann, Eva; Stöhr | 8. Juli 1963

Greta Kuckoff (rechts im Bild als Zuschauerin beim Globke-Prozess in der DDR 1963) war während des Nationalsozialismus Mitglied der Widerstandgruppe "Rote Kapelle". Als Gefangene im

Zuchthaus Waldheim konnte sie von der Roten Armee befreit werden. 1945 trat sie in die KPD, lebte in der DDR und war Vizepräsidentin des Friedensrates der DDR. (Bundesarchiv, 183-B0708-0014-004, Foto: Brüggmann, Eva; Stöhr) Lizenz: [cc by-sa/3.0/de](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/)

Einleitung

Die nationalsozialistische Herrschaft gründete sich auf Zustimmung, Verführung und Gewalt, auf völkische Gemeinschaftsideologie, betreuende Gleichmacherei und große außenpolitische Erfolge bis 1940. Die Zustimmung der Bevölkerung wurde zudem durch Propaganda und Inszenierungen des Hitler-Kultes aufrechterhalten und immer wieder neu angefacht. Zum Herrschaftssystem gehörte aber auch der Druck der Massenorganisationen auf jeden einzelnen; damit wurde die Illusion der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" erzeugt und am Leben gehalten. Für diejenigen, bei denen diese Mischung aus Propaganda, Lockung und Zwang nicht ausreichte, gab es ein weiteres System von Verboten, Strafen und Terror, das bis zum Ende der NS-Herrschaft immer wieder erweitert wurde. Kritik am Regime, öffentliche Verweigerung und ziviler Ungehorsam waren Straftatbestände, gegen die der NS-Staat mit unerbittlicher Härte vorging. Zu den Instrumenten gehörte das "Heimtückegesetz" vom Dezember 1934 ("Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat und zum Schutz der Parteiuniformen"). Diente gegen politische Gegner die Einweisung ins KZ (wo sie der Willkür der SS preisgegeben waren, ohne daß die Justiz sich darum kümmerte), so war das "Heimtückegesetz" der Maulkorb gegen damals so genannte "Meckerer" und "Miesmacher". Von diesem Gesetz machte die NS-Justiz reichlichen Gebrauch.

Wer sich durch Verstoß gegen diese Gesetze und Verordnungen als Unzufriedener, als Regimekritiker, Oppositioneller oder Widerständler zu erkennen gab, fand sich nicht vor den Schranken der ordentlichen Justiz wieder. Schon im März 1933 waren Sondergerichte eingerichtet worden (als besondere Strafgerichte bei den Oberlandesgerichten), für die die normale Prozeßordnung nicht galt. Es waren auch keine Rechtsmittel zulässig. Die Sondergerichte verurteilten insgesamt etwa 11.000 Menschen zum Tode. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Sondergerichte ab Herbst 1939 auch für bestimmte Eigentums-, Gewalt- und Wirtschaftsvergehen zuständig waren (sie reichten von Schwarzschlachtung über Lebensmittelkartenbetrug bis zu Diebstahl "unter Ausnutzung des Kriegszustandes"), so übertraf die Zahl der Verurteilungen bei weitem die des berüchtigten "Volksgerichtshofs", der seit 1934 für Hoch- und Landesverrat zuständig war. Die Beschreibung eines Rechtsanwalts aus dem Jahre 1938 traf vollkommen zu: "Seine Aufgabe ist nicht die, Recht zu sprechen, sondern die, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten." Die insgesamt 5.000 Todesurteile des Volksgerichtshofs trafen Widerstand Leistende aus allen Kreisen und Schichten.

Mit Kriegsbeginn wurden Verbote erlassen, die neue Straftatbestände schufen und damit Zehntausende von Deutschen zu "Straftätern" machten. Die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" stellte das Hören ausländischer Rundfunksender unter hohe Strafen, sogar Todesurteile waren möglich. Trotzdem haben während des Krieges etwa zwei Millionen Deutsche mehr oder weniger regelmäßig "Feindsender" gehört, darunter die Ansprachen des Schriftstellers Thomas Mann, in dem er "Deutsche Hörer" beschwor, der Welt ein Zeichen des Widerstandes und damit der Existenz des besseren Deutschlands zu geben. Ab 1939 war auch "Wehrkraftzersetzung" ein Delikt. Bestraft wurden Äußerungen, die geeignet waren, die "Wehrkraft des deutschen Volkes" zu schwächen. Dazu gehörten auch Zweifel am häufig propagierten siegreichen Ausgang des

Krieges. Verboten waren persönliche Kontakte mit Kriegsgefangenen und "Fremdarbeitern". Wer also Angehörigen dieser elend behandelten Gruppen von Ausländern Mitleid und Barmherzigkeit erwies, ihnen z. B. Brot schenkte, machte sich strafbar.

Die Handlungsmöglichkeiten der Opposition gegen das Regime ohne das Risiko unverhältnismäßiger Strafen waren im nationalsozialistischen Deutschland also sehr beschränkt. Es blieb die stille Verweigerung, das Festhalten an religiösen oder politischen Überzeugungen, die im geschlossenen Kreis gepflegt wurden. Man konnte seinem Unmut durch Witze über das Regime und die "Bonzen" Luft machen, solange man nicht denunziert wurde. Man konnte statt "Heil Hitler" mit "Grüß Gott" grüßen; das war in katholischen Gegenden beliebt. Dies waren verbreitete Gesten der Abwehr und der Behauptung gegenüber dem Verfügungsanspruch von Staat und NSDAP.

Hilfe und Solidarität für Verfolgte waren dagegen weitaus gefährlicher. Sie wurden trotzdem vielfach geleistet, insbesondere ab 1941, als es darum ging, Juden vor der Deportation und Vernichtung zu bewahren. Das konnte durch Hilfe zur Flucht ins Ausland geschehen oder durch die Gewährung von Verstecken, Arbeitsplätzen oder das Beschaffen einer neuen Identität für Untergetauchte, die in die Illegalität geflüchtet waren.

Mindestens 10.000 Juden lebten in vielfach bedrohter Existenz im Untergrund, vor allem in Berlin und anderen großen Städten. Das Organisieren von Essen, der Diebstahl von Lebensmittelkarten, der Handel mit gefälschten Dokumenten, das Erschleichen von Bescheinigungen gehörten zum Alltag der Helfer, die damit Widerstand gegen den NS-Staat leisteten. Sie riskierten tagtäglich ihren Kopf, indem sie das rettende Netz für die Illegalen immer wieder neu zuknüpften.

Wieder eine andere Form von Widerstand bildeten die Versuche, mit alltäglichen Mitteln den Opfern des Krieges - ausländischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen oder Verfolgten - zu helfen. Das höchste Risiko gingen diejenigen ein, die durch schleppende Arbeit in der Rüstungsindustrie (Sabotage) oder durch die Übermittlung von Nachrichten an die Kriegsgegner ein Ende des Krieges erzwingen wollten. Für die Nationalsozialisten waren das Straftaten wie "Feindbegünstigung" oder Hochverrat.

Die Rote Kapelle

Der Name dieses Widerstandsnetzes, dem über 150 Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft angehörten, stammt von der deutschen militärischen Abwehr. Er wurde ursprünglich für verschiedene Gruppen gebraucht, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in Westeuropa für den sowjetischen Nachrichtendienst arbeiteten, dann auch als Pauschalbezeichnung für vorwiegend linksintellektuelle Widerstandsgruppen in Berlin. Sie wurden wegen ihrer Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion von den Nationalsozialisten dem westeuropäischen Netz der Roten Kapelle zugeordnet.

Nach jüngsten Forschungsergebnissen handelte es sich ursprünglich um mehrere Gesprächskreise, die sich zum Teil schon seit 1933 in der Opposition gegen den Nationalsozialismus zusammengefunden hatten. Bei Arvid Harnack (er war Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium) und seiner Frau Mildred trafen sich Intellektuelle und Wissenschaftler. Um Harro Schulze-Boysen, der seit 1934 als Oberleutnant im

Reichsluftfahrtministerium arbeitete, scharte sich ein Freundeskreis sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft, zu dem der Bildhauer Kurt Schumacher ebenso gehörte wie der Schriftsteller Günther Weisenborn, die Tänzerin Oda Schottmüller oder der nichtparteigebundene Kommunist Walter Küchenmeister. Seit 1940 standen Schulze-Boysen und Harnack in Verbindung. Hinzu kamen ein Kreis junger Kommunisten, dessen Mittelpunkt der Arbeiter Hans Coppi bildete, eine Gruppe um den Schweizer Psychoanalytiker John Rittmeister und andere, die sich in Diskussionen um Kunst, Kultur und Politik zu Gegnern der nationalsozialistischen Diktatur entwickelt hatten.

Ab Herbst 1940 hatte Arvid Harnack Kontakt zu einem Mitarbeiter des sowjetischen Nachrichtendienstes in Berlin, ab März 1941 nahm auch Schulze-Boysen an den Treffen teil. Sie beabsichtigten, mit der sowjetischen Seite eine Gesprächs- und Vertrauensbasis zu schaffen, die eine Beendigung des Krieges und dann die außenpolitische Verständigung mit Ost und West ermöglichen sollte. Es gelang der Harnack/Schulze-Boysen-Gruppe jedoch nur in Ansätzen, eine Kommunikation mit Moskau aufzubauen. Sie hatte wohl nicht die Möglichkeit, umfassende militärische Pläne der Wehrmacht an die Sowjetunion zu übermitteln. Was und wieviel der sowjetischen Seite berichtet wurde, ist bislang unter Historikern umstritten. Allerdings wurde schon im Sommer 1942 der sowjetische Versuch, über Fallschirmspringer Nachrichtenverbindungen zu deutschen Widerstandskreisen herzustellen, der Roten Kapelle zum Verhängnis.

Mehr als 150 Personen waren beteiligt an der Widerstandsorganisation, die sich vor allem durch Flugschriften und Klebezettel in Berlin bemerkbar gemacht hatte. 126 von ihnen wurden zwischen Herbst 1942 und Frühjahr 1943 verhaftet und wegen "Spionage", "Vorbereitung zum Hochverrat" oder "Feindbegünstigung" vom Reichskriegsgericht oder dem Volksgerichtshof zu Todes- und Zuchthausstrafen verurteilt. Einige wurden ohne Verfahren ermordet.

Aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Schichten kommend, mit unterschiedlicher Bildung und von ganz abweichenden politischen Überzeugungen hatten die Träger dieses Widerstandes die Beendigung des Krieges erstrebt. Sie hofften auf eine Vertrauensbasis mit der Sowjetunion, die eine außenpolitische Verständigung mit Moskau ermöglicht hätte. Dadurch sollte Deutschland eine Mittlerrolle zwischen Ost- und Westeuropa in einer neuen Friedensordnung zufallen. Grundgedanken im Konzept der Roten Kapelle war die Sicherung der Eigenständigkeit Deutschlands als Nationalstaat. Die Rote Kapelle war weder die straff organisierte kommunistische Kadergruppe, die Moskaus Befehle ausführte (so lautete die offizielle Version der DDR-Geschichtsschreibung), noch die landesverräterische Spionageorganisation im Dienste des Feindes (als die sie viele westdeutsche Historiker lange Zeit einordneten). Daher sind Rolle und Bedeutung der Roten Kapelle in und für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Geschichtswissenschaft bis heute umstritten.

Das Nationalkomitee "Freies Deutschland"

Unter dem Makel des Verrats standen auch die deutschen Soldaten, die sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zur Opposition gegen den NS-Staat entschlossen. In Krasnogorsk bei Moskau war im Juli 1943 von deutschen Kriegsgefangenen der bei Stalingrad vernichteten 6. Armee und von kommunistischen Emigranten ein "Nationalkomitee" mit dem programmatischen Titel "Freies Deutschland" (NKFD) gegründet worden. An der Gründungsversammlung nahmen etwa 300

Personen teil. Der Schriftsteller Erich Weinert hielt das Grundsatzreferat, in dem er die Rettung des deutschen Vaterlandes durch den Sturz Hitlers propagierte und an die deutsch-russische Waffenbrüderschaft in den Befreiungskriegen gegen Napoleon erinnerte. Er appellierte zudem an den Patriotismus der Deutschen im Zeichen der schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreichs, mit denen auch der Saal geschmückt war.

Das Gründungsmanifest wurde in der ersten Nummer der Zeitung "Freies Deutschland" publiziert, die ebenfalls durch schwarz-weiß-rote Aufmachung deutschnationale Gefühle bei Offizieren und Soldaten der Wehrmacht anrühren wollte. Zu den Unterzeichnern des Manifests gehörten u. a. der Schriftsteller und spätere Kulturminister der DDR Johannes R. Becher, Willi Bredel sowie die nach Moskau emigrierten ehemaligen Reichstagsabgeordneten der KPD Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Die beiden machten nach dem Krieg Karriere als Staatspräsident der DDR und als Generalsekretär der SED.

Das Manifest "An die Wehrmacht und an das deutsche Volk" enthielt das politische Programm des NKFD. Ausgehend von der Einsicht in das Unrecht und die Aussichtslosigkeit des Krieges wurde zum Sturz des Hitlerregimes aufgerufen, um Deutschland als Staat und in seinem territorialen Bestand zu retten. Da niemand mit Hitler Frieden schließen werde, müsse eine neue Regierung, gestützt auf antinationalsozialistische Truppen, sofort den Krieg beenden, die Wehrmacht an Deutschlands Grenzen zurückführen und Friedensverhandlungen unter Verzicht auf alle Eroberungen beginnen. Die Verurteilung aller Kriegsverbrecher und führenden Nationalsozialisten sollte am Beginn eines freien Deutschlands stehen, in dem die demokratischen Rechte garantiert werden sollten.

Der Aufruf gipfelte in der Forderung, bewaffnet "den Weg zur Heimat, zum Frieden" zu suchen: "Die Opfer im Kampf um Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein als die sinnlosen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert." Die Idee zur Gründung einer Sammlungsbewegung, in der kommunistische Emigranten Arm in Arm mit gefangenen nationalbewußten Wehrmachtsoffizieren und Soldaten gegen den Nationalsozialismus agieren sollten, war in der politischen Abteilung der Roten Armee entstanden.

Die Voraussetzungen schienen in der Niederlage von Stalingrad und weiteren militärischen Erfolgen der Sowjetunion gegeben; die Politik der Kommunistischen Internationale (Komintern) stand längst im Zeichen der Volksfronttaktik, die anstelle der Klassenkampfpaparen nationales Bewußtsein propagierte, um alle politischen Richtungen im Kampf gegen Hitlerdeutschland zu vereinigen. Stalin selbst setzte Hoffnungen auf die Sammlung aller "antifaschistischen Deutschen", um den Krieg schneller beenden zu können.

"Bund deutscher Offiziere"

Sowjetische Offiziere und deutsche kommunistische Emigranten warben im Sommer 1943 unter den gefangenen deutschen Offizieren für die Ziele des NKFD. Die Offiziere hatten gezögert, sich der kommunistisch dominierten Organisation anzuschließen. Sie fühlten sich aber auch von Hitler verraten, der durch sinnlose Durchhaltebefehle den Tod von mindestens 100.000 Soldaten bei Stalingrad verursacht hatte. Im September 1943 fanden sich schließlich einige deutsche Generale bereit, aus der Gefangenschaft heraus sich gegen Hitler zu wenden. Auf sowjetischen Vorschlag

gründeten sie den "Bund Deutscher Offiziere". Die Mitglieder waren u. a. mit dem Versprechen geködert worden, die Sowjetunion setze sich für den territorialen Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937 ein, wenn der Offiziersbund einen Staatsstreich gegen Hitler bewirken könne. Generale, aber auch niedrigere Ränge, ließen sich für den Offiziersbund (der gleich nach der Gründung mit dem NKFD zusammengeschlossen wurde) gewinnen, sahen aber ihre Erwartungen in zweifacher Hinsicht enttäuscht: Zum einen blieben die Appelle des NKFD, durch Flugblätter und über Lautsprecherdurchsagen an die deutschen Truppen der Ostfront, durch den in Moskau stationierten Rundfunksender "Freies Deutschland" (der in ganz Deutschland zu empfangen war) und durch eine Wochenzeitung (Auflage 50.000 Stück) verbreitet, wirkungslos. Zum anderen gingen die Hoffnungen des NKFD auf die Überwindung der Kluft zwischen der kommunistischen Ideologie und dem bürgerlichen Nationalbewußtsein der Soldaten nicht in Erfüllung. Die antifaschistische Schulung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern erwies sich weithin als marxistisch-leninistische Indoktrination.

Aus diesem Grunde, aber auch wegen des Vorwurfs, Landesverrat begangen zu haben, wurde das NKFD in Westdeutschland lange Zeit nicht als Widerstandsorganisation anerkannt. In Ostdeutschland hingegen ist es als Inbegriff des "klassenübergreifenden" Widerstandes gegen den "Hitlerfaschismus" verherrlicht worden.

Beide Wertungen werden der Wirklichkeit wohl nicht gerecht. Die Propagandatätigkeit des NKFD hatte nicht den politischen und sozialen Stellenwert, den ihr Historiker und Politiker in der DDR zumaßen, weil sie praktisch kaum etwas bewirkte und das NKFD im Dienste der sowjetischen Kriegsführung schon 1944 kaum noch eine Rolle spielte. Es war aber wohl auch nicht nur als Landesverrat zu bewerten, aus der Kriegsgefangenschaft heraus für den Sturz des NS-Regimes zu arbeiten, um weiteren Hunderttausenden das sinnlose Hingeschlachtetwerden wie in Stalingrad zu ersparen.

Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht

In der historischen und politischen Diskussion um Verweigerung und Widerstand gegen das NS-Regime sind Bedeutung und Einordnung von Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht bis heute umstritten. Während sie einerseits als Zeichen von Angst, Feigheit und Verrat gewertet werden, spricht die andere Seite von einer Schwächung des Regimes durch individuelle Unterlassung, von Verweigerung der Unterstützung eines Eroberungskrieges und von einem individuellen Akt des Widerstandes.

Die Motive für diese höchst risikoreichen, individuellen Entscheidungen lassen sich sicher nicht bis ins einzelne und bei jedem einzelnen ausloten und entziehen sich einem pauschalen Zugriff ebenso wie einer detaillierten Darstellung. Man wird wohl in den meisten Fällen von einem Motivbündel ausgehen müssen, das sich von Außenstehenden kaum entwirren läßt. Insofern sind eindeutige Urteile über diese Gewissensentscheidungen nur schwer möglich. Auf jeden Fall aber wurden Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht vom nationalsozialistischen Regime als Auflehnung und verbrecherische Widerstandshandlungen empfunden. Entsprechend waren die Strafen.

Motivbündel

Tausende von Soldaten haben im Zweiten Weltkrieg durch Kriegsdienstverweigerung versucht, sich dem Dienst mit der Waffe zu entziehen. Dafür gab es zum einen religiöse und ethische Gründe, wie etwa bei den Zeugen Jehovas, aber auch bei evangelischen und katholischen Christen, die nicht an kriegerischem Unrecht beteiligt sein wollten. Seit August 1939 war im Deutschen Reich die "Kriegssonderstrafrechtsverordnung" in Kraft, mit der jede Art von "Wehrkraftzersetzung" unterbunden werden sollte. Defätistische Äußerungen, Anstiftung zur Fahnenflucht, alle Arten von Wehrdienstentziehung standen unter Strafandrohung. Etwa 30.000mal waren Kriegsgerichte, Sondergerichte und der Volksgerichtshof deswegen tätig. 5.000 Todesurteile wurden gefällt.

Wegen Fahnenflucht ergingen im Laufe des Krieges 35.000 Urteile der Militärgerichtsbarkeit, darunter 22.000 Todesurteile, von denen 15.000 vollstreckt wurden. Selbstverständlich waren viele Fälle von Fahnenflucht keine Akte des Widerstandes oder der Demonstration gegen den Nationalsozialismus. Zu den Motiven gehörten sicher auch Heimweh oder Feigheit und Verrat, ebenso wie das Entsetzen über den Krieg, über die Verbrechen an der Zivilbevölkerung und über die Judenmorde, deren unfreiwillige Zeugen viele Wehrmachtsoldaten im Osten wurden. Psychische Probleme konnten Fahnenflucht auslösen oder ein Übermaß an Schikanen durch Vorgesetzte.

Bei vielen Deserteuren hat aber wohl das politische Motiv eine wichtige Rolle gespielt: Zu ihnen kann man auch die rechnen, die schließlich von der Sinnlosigkeit des Krieges überzeugt waren und ihn nicht mehr verlängern wollten. Sie legten es darauf an, in Gefangenschaft zu geraten. In der letzten Phase des Krieges geschah dies mit steigender Tendenz. Andere, insbesondere Angehörige von Straf- oder "Bewährungs"-Einheiten, liefen in Kompaniestärke zum Gegner über oder schlossen sich dem Widerstandskampf nationaler Befreiungsbewegungen an.

So machte es etwa Ludwig Gehm, der als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) ab 1933 vier Jahre lang politischen Widerstand geleistet hatte. Deshalb kam er ins Zuchthaus und dann ins KZ. 1943 wurde er von Buchenwald aus für das berüchtigte Strafbataillon 999 rekrutiert. In Griechenland desertierte er - wie viele seiner Kameraden - und schloß sich griechischen Partisanen an, mit denen er gegen die Wehrmacht kämpfte. Britische Kriegsgefangenschaft bis 1947 blieb ihm deswegen nicht erspart.

Ludwig Gehm, Arbeitersohn aus Frankfurt und gelernter Dreher, war politisch aktiv von Jugend an. Später, von 1958 bis 1972, war er Stadtrat in seiner Heimatstadt. Er hat sich nicht nur dem Unrechtsregime verweigert, sondern ihm allen Widerstand entgegengesetzt, der ihm möglich war. Er hat versucht in die Tat umzusetzen, was Thomas Mann von den Deutschen in seinen Rundfunkansprachen immer wieder verlangte: "Wenn ihr es nicht im letzten Augenblick fertigbringt, euch des Gesindels zu entledigen, das euch und der Menschheit so Schandbares angetan hat, so ist alles verloren, Leben und Ehre." (27. Juli 1943)

Verlinkungen:

->

Quellen:

Internetquellen

-> Benz, Wolfgang: Verweigerung im Alltag und Widerstand im Krieg, in: bpb online, online verfügbar seit 09.04.2005 unter: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39563/verweigerung-im-alltag-und-widerstand-im-krieg/>, zuletzt geprüft am 22.10.2025.

->

->

Sekundärliteratur

->

->